

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Neudruck Dresden
Verlagsnummer: 20041
Kurs für Adressänderung: Nr. 20011
Schulzeitung u. Hauptlehrer: Dr. H. L. Kautzsch

Bezugspreis vom 1. Mai 1930 bei halbjährlicher Lieferung inkl. Post 1,70 RM.
Bezugspreis für Monat Mai 0,40 RM. einschließlich Postgebühr ohne Zustellungsgebühr.
Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach
Schwarz berechnet: für einpolige 30 mm breite Zeile 25 Hg., für auswärts 40 Hg., Familien-
anzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Hg., außerhalb 20 Hg., die 20 mm breite Reklamage
200 Hg., außerhalb 250 Hg., Offertenerbörse 50 Hg., Kautzschsche Kautzsch gegen Normalrechnung

Druck u. Verlag: Neudruck & Reichardt,
Dresden, Weißhof-Ring, 1068 Dresden
Nachdruck nur mit druck. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unveränderte
Schreibweise werden nicht aufbewahrt

Deutschrussischer Hilferuf nach Genf

Aber der Völkerbund lehnt Antwort ab

Furcht vor Verwicklungen mit Moskau

Genf, 3. Mai. Im Sekretariat des Völkerbundes gehen fortgesetzt Schreiben der aus Sowjetrußland ausgewanderten deutschen Bauern ein, in denen der Völkerbund auf das dringendste ersucht wird, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswanderung der in Sowjetrußland noch verbliebenen deutschen Bauern zu ermöglichen. In den Schreiben heißt es übereinstimmend, die sowjetrussischen Behörden hätten den deutschen Bauern jede Existenzmöglichkeit genommen.

Ihr Leben wäre ständig in Gefahr.

Bisher hätte nur ein ganz geringer Bruchteil der in Sowjetrußland anhängigen Bauern auswandern können. Die überwiegende Mehrzahl der deutschen Bauern sei gezwungen, unter trostlosen Lebensbedingungen in Sowjetrußland zu leben. Wenn nicht bald Maßnahmen ergriffen würden, so würde die Vernichtung der deutschen Bauern in Sowjetrußland unvermeidlich sein.

Die zahlreichen Hilfsersuchen der deutschen Bauern sind vom Völkerbundssekretariat ohne jede Beantwortung

geblieben. Im Völkerbund fürchtet man Verwicklungen mit der Moskauer Regierung. Die herrschende Tendenz im Völkerbund ging bisher in der Richtung einer praktischen Zusammenarbeit mit der Moskauer Regierung, obwohl man in dieser Beziehung keine günstigen Erfahrungen gemacht hat.

Ein Weltstickstoffsyndikat

Berlin, 3. Mai. Die Verhandlungen der Internationalen Stickstoffproduzenten in Berlin, unter Vorsitz von Geheimrat Caro und des Franzosen Gall (Société de Electrochimie), haben zu einem positiven Ergebnis geführt. Die Vertreter Deutschlands, Italiens, Belgiens, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei, Norwegens, Schwedens, der Schweiz, Polens und anderer Länder schlossen sich zu einem Syndikat zusammen, das eine Produktion von 250 000 Tonnen Stickstoff umfaßt. Diese Zahl entspricht einem Anteil von 92 Prozent an der gesamten Weltproduktion. Lediglich Japan war infolge der großen Entfernung nicht vertreten. Auf deutscher Seite sind die Abmachungen für sämtliche Stickstoffherzeuger bindend.

Parteiendämmerung

Im deutschen Parteiwesen hat der im vorigen Herbst begonnene Gärungsprozess allmählich einen Zustand herbeigeführt, der die alten, hartgewordenen Formen sprengen will. Die in den Parteien zusammengefaßten politischen Kräfte des Volkes suchen nach neuen Gestaltungen mit anderen Ausdrucksformen. Und zwar nicht nur im deutsch-nationalen und im demokratischen Lager, sondern auf der ganzen Front rechts vom Zentrum sind die Dinge im Fluss. Auf dem rechten und linken Flügel des bürgerlichen Blocks tritt die Bewegung nur am sichtbarsten in Erscheinung, weil der unmittelbare Anlaß zu dem großen Umlagerungsprozess, nämlich die Bildung des Brüningkabinetts, diese Gruppen am nächsten berührt hat. An die Deutschnationalen und an die Demokraten trat zuerst die Schicksalsfrage heran, ob sie der bürgerlichen Regierung zur Bewältigung dringendster

Freispruch im „Falke“-Prozess

Hamburg, 3. Mai. Heute nachmittag wurde in dem seit 2. April vor dem Hamburger Schwurgericht verhandelten Falke-Prozess das Urteil gesprochen. Kurz nach 1 Uhr betrat der Gerichtshof den bis auf den letzten Platz besetzten und mit begreiflicher Spannung erfüllten Schwurgerichtssaal. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Steinike, verkündete folgendes Urteil:

Die Angeklagten werden freigesprochen; die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

Abrechnung mit den Sozialdemokraten

Fortsetzung der Etatsdebatte im Reichstag

Berlin, 3. Mai. Der Reichstag überwieß in der Sonnabendstunde zunächst ohne Aussprache den Notenwechsel zum deutsch-portugiesischen Handelsabkommen und das Uebereinkommen über die Schollen- und Flunderfischerei in der Ostsee dem Auswärtigen Ausschuss. Dann wird die erste Beratung des Etats für 1930 fortgesetzt.

Hg. v. Sybel (Christl.-Nat. Bp.)

erklärt, die Regierung habe mit dem Etat eine traurige Erbschaft von der Regierung Müller-Silberding übernommen. Die Arbeit des Jahres 1930 müsse im Zeichen der Ausgabenreduzierung stehen. In die Gemeindefesteuerung müsse ein beweglicher Faktor eingefügt werden, um auch die Gemeinden zur Sparsamkeit zu erziehen. Wenn seine Partei diesen überhöhten Etat nicht von vornherein ablehne, so tue sie es, weil sie zunächst das Ergebnis der Ausschussberatungen abwarten und der Regierung Zeit zum Beweise ihres Sparwillens geben

wolle. Wir haben, so erklärt der Redner, für die Steuererlässe zugestimmt, weil Ordnung des Etats auch für die Wirtschaft unerlässlich ist und jede Hilfe für den deutschen Osten sonst unmöglich wäre. Unser Standpunkt ist aber kein Freibrief für die Fortführung der bisherigen Ausgabenwirtschaft.

Hg. Meyer, Berlin (Dem.)

wendet sich gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Fraktionsredners und erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion tatsächlich ohne triftigen Grund das Kabinett Müller zu Fall gebracht und die anderen Parteien der Großen Koalition vor die Wahl gestellt habe, entweder einer nicht-sozialistischen Regierung auf parlamentarischem Wege die Ordnung unserer Finanz- und Kassenlage zu ermöglichen, oder aber eine Reichstagsauflösung mit Anwendung des Artikels 48 herbeizuführen.

Die Rate für den Panzerkreuzer B werde die demokratische Fraktion einmütig ablehnen.

Das Verhalten der Reichsregierung gegenüber Thüringen erlaube die Sozialdemokratische Partei mit besonderer Sorge, da nach außen der Eindruck erweckt werde, als sei die gegenwärtige Regierung nicht im gleichen Maße wie die frühere entschlossen, die republikanischen Belange gegenüber den Methoden des Herrn Dr. Brüel zur Geltung zu bringen. Was das Ostprogramm betreffe, so dürfe es sich nicht nur auf die Landwirtschaft beschränken, sondern müsse auch auf die notleidenden gewerblichen Kreise ausgedehnt werden.

Hg. Sachsenberg (Wirtschaftsp.)

erinnert an die parlamentarische Behandlung des Panzerkreuzers A und meint, die dabei angewandten Methoden hätten den Deutschen Reichstag und die deutsche Regierung vor der Welt lächerlich gemacht. Die Wirtschaftspartei habe damals schon ein Marinebauprogramm beantragt, in dem alle durch den Versailles Vertrag gebotenen Möglichkeiten ausgenutzt werden sollten. Diesem Antrag hätten auch die Demokraten zugestimmt. Darum sei ihre heutige Ablehnung des Panzerkreuzers B nicht verständlich.

Auf Sparersprechungen seitens der Regierung könne man im allgemeinen nicht mehr viel geben. Daher müsse ein Gesetz über Ausgabenreduzierung in untrennbarer Verbindung mit dem Etat verabschiedet werden.

Wir wollen, so betonte der Redner, daß endlich mit der Spararbeit begonnen wird. Jede Ausgabenreduzierung in diesem Etat muß einer Steuererhöhung unmittelbar zugute kommen.

Hg. Dr. Pfleger (B. Bp.) macht den Sozialdemokraten den Vorwurf, sie hätten bemerkt und gewollt den Sturz des Kabinetts Müller herbeizuführen.

Die Sozialdemokratie habe die bequemere Stellung der reinen Agitationspartei einnehmen wollen. Im alten Kabinett waren die Sozialdemokraten für die Steuererhöhung; als sie aber aus der Regierung ausgeschieden waren, schiedte die sozialdemokratische Fraktion ihre trinfestesten Mitglieder in den Ausschuss zur Opposition gegen die Biersteuer. (Gelächter.)

Wir sind für die Förderung der Leipziger Messe, aber wir müssen die Garantie haben, daß das Messengeschäft nicht durch die Duldung von politischen Demonstrationen gefährdet wird. Die Dillbille ist notwendig, aber wir brauchen auch Reichsmittel für die notleidenden östlichen Grenzgebiete Bayerns.

Reichsinnenminister Dr. Birtz weist darauf hin, daß das thüringische Ermächtigungsgesetz im Einvernehmen mit der thüringischen Regierung dem Staatsgerichtshof vorgelegt worden sei. Beim Etat des Innenministeriums und im Ausschuss werde Gelegenheit sein, die ganzen thüringischen Fragen eingehend zu behandeln.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

betont, daß der Etat im wesentlichen aus den Arbeiten der alten Regierung kamme. Der größte Teil der Vorwürfe des sozialdemokratischen Redners richte sich also gegen seine eigenen Parteifreunde. Das Ziel der Regierung sei, die Arbeitslosigkeit auf dem Wege über eine Entlastung der Wirtschaft zu bekämpfen.

Das sei keine reaktionäre Politik. Er habe kein Wort davon gesagt, daß die Arbeitslosenversicherung abgebaut werden solle. Ein Leistungsabbau würde zwar das Reich entlasten, aber den Gemeinden neue Lasten auferlegen. Es gebe allerdings nicht an, daß der Etat durch die Arbeitslosenversicherung über den Haufen geworfen werde. Deshalb müßten Reformen angestrebt werden, um überflüssige und entbehrliche Ausgaben zu vermeiden.

In der Panzerkreuzerfrage habe sich die Regierung entschlossen, die Entscheidung dem Reichstag zu überlassen.

In der Frage der Umsatzsteuer erklärt sich der Minister bereit, den Reichswirtschaftsrat um ein Gutachten darüber anzugeben, ob die in Oesterreich eingeführte Phosenumsatzsteuer auch bei uns durchführbar wäre. Der Minister empfiehlt das englische System, wonach ohne Zustimmung des Finanzministers keine Ausgabe bewilligt werden darf, die den Etat überfordert. Die Frage, ob man dieses Ziel durch Verwaltungsmaßnahmen, gezielte Festlegung oder dadurch erreichen könne, daß die Regierung in diesem Falle ihren Rücktritt androht, werde geprüft werden. Es würde auch genügen, wenn die Regierungsparteien eine entsprechende Vereinbarung treffen würden. Daß sich die

Dillbille nicht nur auf die Landwirtschaft, sondern auch auf andere Wirtschaftszweige erstrecken

müsse, sei auch die Auffassung der Reichsregierung. Die Senkung der Realsteuern, die im Reich für 1931 beabsichtigt sei, solle im Osten vorweggenommen werden. Das Ausgabenentzugsgesetz werde in kürzester Zeit an Reichsrat und Reichstag gelangen. Bei Steuererhöhungen habe man in diesem Jahre auf die besonders schlechte Lage der Länder- und Gemeindefinanzen Rücksicht nehmen müssen. Schließlich sagt der Minister eine Reform des Verhältnisses zwischen öffentlichen und privaten Betrieben zu, wobei er für den freien Wettbewerb auf gleicher Basis eintritt. Damit schließt die Aussprache. Das Haus verlegt sich auf den 15. Mai.

Aufgaben im Innern das Leben ermöglichen oder mit der Flucht in die Opposition das Abenteuer einer zeitweiligen Diktatur mit Artikel 48 und in logischer Folge die Probe von Neuwahlen heraufbeschwören sollten. Auf beiden Seiten haben vorerst die gemäßigten Gruppen den Sieg erfochten, aber nur um den Preis innerer Auseinandersetzungen, die den Bestand des Parteigefüges bedrohen. Dazwischendurch brodelt und gärt es in allen Parteien der Mitte. Nur der Zentrumsturm steht, auf konfessioneller Grundlage gesichert, wieder fest in der Brandung. Rund herum kreuzen sich aber verschiedene Strömungen, vielfach unbestimmt und unklar in der Richtung, aber doch mit gewissen allgemeinen Entwicklungstendenzen.

Zentrifugale und zentripetale Neuerungskräfte sind gleichzeitig am Werk, die einen nach den Flügeln streben, die andern zur Mitte drängen. Wo diese Bewegungen aufeinanderstoßen, gibt es Bruchstellen; wo sie sich berühren, zeigen sich Anlässe zu neuen Gebilden. Die konzentrische Bewegung der Mitte geht von zwei Triebkräften aus. Einmal vom Jungdeutschen Orden, der die bloße Sammlung der alten Parteikräfte verwirft und mit seiner volksnationalen Aktion etwas ganz Neues schaffen möchte; das Idealbild einer wahren Volksgemeinschaft, die sich von der Sozialdemokratie ebenso scharf scheidet wie von der Plutokratie. Denn diesen Vorwurf macht der Jungdeutsche Orden den Sammlungsbestrebungen, die nebenher von den liberalen Parteigruppen ausgehen, daß in ihnen nur die Geldmächte an der Arbeit seien, um durch Nationalisierung und Zusammenlegung die Kosten des bürgerlichen Parteibetriebes zu senken. Eine andere Seite der gegenwärtigen Parteikrise leuchtet hier durch: die Scheidung der Welt in eine Richtung, die, dem Zuge der Zeit folgend, nach händischen, beruflichen und wirtschaftlichen Interessenbindungen strebt, und in eine solche, die das politische Leben aus weltanschaulichen Fundierungen heraus erneuern möchte. Natürlich verwahren sich die Mittelparteien gegen diesen Vorwurf, daß sie nur aus kleinstem Krämergeist ausgebrochen seien, um politisches Neuland zu suchen; sie finden im Gegenteil viele ideale Bezeichnungen für das Ziel ihrer Sehnsucht, das zumeist als „Staatspartei“ bezeichnet wird. Die Grenzen dieses Sammelbeckens werden verschieden abgesteckt; die Kühnsten wollen sie vom Demokraten Koch bis zum Volkskonservativen Treutranus ziehen. Ueber den Inhalt ist man sich weniger klar; nur das Bestreben zum Gegenwartsstaat und eine Reform des verzerrten demokratischen Regierungssystems wird als Programm übereinstimmend in den Vordergrund gestellt. Daneben sind aber allzuvielerlei Gegensätzlichkeiten politischer Natur und zu verschiedene Auffassungen über die Art des Zusammenschlusses vorhanden, als daß man an den Erfolge dieser Bemühungen glauben könnte. Trotzdem, der Wille zum Neuen ist da; das beweist schon die Tatsache, daß die Führer der Demokraten und der Deutschen Volkspartei die Fusionsparole ausgegeben haben. Die alten Formen sind überlebt, und brauchbare neue werden sich um so schneller aus der Sammlungsbewegung herauskristallisieren, je eher die beteiligten Parteikreise auf Wunschträume verzichten und sich auf das Mögliche und Durchführbare beschränken.

Die Zielrichtung der hier gekennzeichneten Umlagerungstendenzen ist also eine bürgerliche Vereinigung, die das liberale Element in der Politik erhalten will. Zusammen mit dem Zentrum ergäbe das einen Mittelblock